



Wahlen 2013: Zukunft nohalteg gestalten - ekologesch, sozial a gerecht

---

## **Virschléi vum Mouvement Ecologique fir d'Legislaturperiod 2013-2018**

---

[www.meco.lu](http://www.meco.lu) Tel. 43 90 30-1



**mouvement  
écologique**



## **Zukunft nachhaltig gestalten: DIE Herausforderung der nächsten Legislaturperiode**

Luxemburg ist bisher der gesellschaftliche Umbau im Sinne der nachhaltigen Entwicklung nicht gelungen. Die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Probleme der letzten Jahre sind nur Symptome einer tiefe(re)n Krise innerhalb unseres politischen Systems.

Es fehlt an einer breiten Debatte - und einem Konsens – wie wir unser Land zukunftsfähig machen wollen, welches Luxemburg wir den nächsten Generationen hinterlassen, welchen Beitrag wir auch im Sinne einer weltweiten Gerechtigkeit leisten wollen... Eine Diskussion über diese gesellschaftlichen Grundsatzfragen ist längstens überfällig, ja unerlässlich. Wenn wir sie nicht demnächst führen, riskiert Luxemburg in einer Sackgasse zu landen: der soziale Zusammenhalt, die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandortes, die Finanzierung des Staatshaushaltes und die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen stehen auf dem Spiel.

Wir brauchen deshalb politische Parteien und PolitikerInnen - jedoch auch eine starke Zivilgesellschaft sowie verstärkt engagierte BürgerInnen - die sich diesen zentralen Fragen der Entwicklung unserer Gesellschaft stellen, offen Probleme benennen und gleichzeitig Visionen für die Zukunft entwickeln. Dazu brauchen wir eine neue Qualität der Politik, der „gouvernance“, eine Politikgestaltung, die BürgerInnen einbezieht, die die aktuellen und zukünftigen Dimensionen gesellschaftlicher Fragen berücksichtigt und auf klaren Wertevorstellungen und Prinzipien basiert.

Wir brauchen einen Aufbruch und einen Strukturwandel im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung, der vor allem auch die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie (weltweite) soziale Gerechtigkeit zum Ziel hat.

Im Folgenden möchte der Mouvement Ecologique seine Anregungen und Visionen darlegen.

---



## Der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen: die Voraussetzung für die Sicherung der Lebensqualität.

Eigentlich sollte DIE zentrale Aufgabe jedweder Regierung der Erhalt unserer Lebensgrundlagen sein. Der Verlust an Biodiversität und die Zersiedlung der Landschaft wurden bis jetzt jedoch nicht gebremst, dies trotz u.a. eines nationalen Naturschutzplanes und Förderprogrammen mit der Landwirtschaft! Auch die Wasserqualität konnte - trotz EU-Vorgaben - nicht wesentlich verbessert werden, ebenso wenig wurden wirkliche Fortschritte zum Schutz des Trinkwassers erreicht. Eine große Vielfalt an Arten und Lebensräumen, eine intakte Kulturlandschaft sind unverzichtbare Elemente für das Wohlbefinden der Menschen und stellen zudem auch einen ökonomischen Faktor dar. Ebenso ist das Wasser ein lebensnotwendiges Gut.

Die Wahrung des natürlichen Lebensraums muss vordringliches Ziel einer zukunftsorientierten Politik sein - auch in Verantwortung gegenüber kommenden Generationen - und darf nicht z.B. einer „simplification administrative“ oder kurzsichtigen Siedlungspolitik zum Opfer fallen! Der nationale Aktionsplan „Naturschutz“ z.B. muss mit aller Kraft umgesetzt, die Qualität unserer Bäche und Flüsse sowie der Schutz unserer Trinkwasserquellen endlich ein politisches Thema werden. Dazu braucht es ein starkes und eigenständiges Ministerium mit Kompetenzen in den Bereichen Nachhaltigkeit, Umwelt, Klima/ Energie und Wasser.

**DIE zentrale Aufgabe jedweder Regierung sollte der Erhalt unserer Lebensgrundlagen sein.**





## Mehr soziale Gerechtigkeit und ein Miteinander von Sozialem und Ökologie: Grundlagen einer nachhaltigen Gesellschaft.

In Luxemburg nimmt die Schere zwischen Arm und Reich, ebenso wie die Arbeitslosigkeit zu. Das Wachstumsdogma kann dieser Entwicklung nicht Einhalt bieten: Viele Untersuchungen zeigen, dass eine Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums a priori nicht zu einer größeren sozialen Gerechtigkeit führt. Gefragt sind vielmehr bewusste Politikentscheidungen, um die soziale Kohäsion zu erhalten und dem Auseinanderdriften sozialer Schichten zu begegnen sowie ihnen gleiche Chancen zu ermöglichen, u.a. auch im Bildungsbereich. Dies auch aus Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Fortschritte in Richtung

nachhaltige Entwicklung sind unweigerlich mit einem Mehr an sozialer Gerechtigkeit verbunden. Dazu gehören neben konkreten Initiativen, wie Förderprogrammen (z.B. um Haushalten mit geringerem Einkommen in Zeiten steigender Energiepreise energieeffizientes Wohnen zugänglich zu machen), auch die Schaffung sozial erschwinglichen Wohnraumes, von Arbeitsplätzen in zukunftsträchtigen Bereichen („green jobs“) sowie ein attraktiver öffentlicher Transport. Nicht zuletzt brauchen wir eine nachhaltige Steuerreform, die den Faktor Arbeit entlastet und den Ressourcenverbrauch verteuert.

*„Wir fordern eine Strategie des Wandels für unser Land, Europa und die Welt. Zukunftsfähigkeit erfordert mehr als ein paar kosmetische Korrekturen. Und sie braucht den Schulterschluss mit den Schwellen- und Entwicklungsländern, die aufgrund ihrer dynamischen Entwicklung eine besondere Bedeutung für alle Themen der Nachhaltigkeit haben. Wir müssen mit langem Atem und konsequent auf eine ökologisch und sozial gerechtere Welt hinarbeiten. Wir fordern alle Politiker auf, sich in ihren Wahlentscheidungen nicht abhängig von kurzzeitigen Wahlprognosen, Machtverschiebungen oder Lobbyinteressen zu machen.“ (Das Generationenmanifest 2013)*

**3**

**Statt dem Wachstumsdogma -  
Werte eines „guten Lebens“  
in den Vordergrund stellen.**

Unendliches Wachstum auf einem begrenzten Planeten mit begrenzten Ressourcen, einer begrenzten Aufnahmefähigkeit der Ökosysteme... ist nicht möglich! Zudem: vor Jahrzehnten war es wohl legitim, den Wunsch „*Es soll unseren Kindern mal besser gehen als uns*“ stark mit einer Steigerung des materiellen Wachstums zu verknüpfen. Heute müssten andere Werte und Prinzipien (auch als Grundlage von Politikentscheidungen) im Vordergrund stehen: soziale Gerechtigkeit, ein erschwingliches angenehmes Wohn- und Lebensumfeld, Arbeit, die erfüllt oder zumindest zufrieden stellt, gute soziale Kontakte...

Wir brauchen eine Debatte über gesellschaftliche Wertefragen: wie wir Wohlstand, „gutes Leben“ definieren und für alle sichern wollen und entsprechende Kurskorrekturen am Wirtschaftssystem vornehmen. Dazu gehören zudem konkrete Instrumente, wie z.B. ein „Check“, bei welchem die Entscheidungen der Regierung sowie der Abgeordnetenkammer auf ihren Impact auf die nächsten Generationen auslotet werden; einen neuen Barometer zur Messung des „Wohlstandes“ („PIB du bien-être“), einen Ausbau Luxemburgs als Standort im Umweltbereich, die Förderung des Mittelstandes, den Ausbau der Solidarwirtschaft sowie sozialer Initiativen...

**4**

**Globale Herausforderungen  
des Klimaschutzes und  
der Energiewende  
konsequent angehen.**

Der Klimaschutz ist eine der größten Herausforderungen unserer heutigen Zeit. Gelingt es nicht, den Klimawandel in Grenzen zu halten, so werden die ökologischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen verheerend sein. Konsequentes Handeln ist deshalb geboten. In unserem ureigenen Interesse, aber auch im Interesse der Menschen in den Ländern des Südens. Denn sie werden am meisten unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden, während es die EinwohnerInnen der reichen Länder des Nordens sind, die eigentlich in der Verantwortung stehen.

Gleiches gilt für das nahende Ende des Erdölzeitalters: Die Erdölressourcen gehen zur Neige und andere, erneuerbare Energieformen müssen konsequent, u.a. auch im Interesse des Klimaschutzes, gefördert werden. In der unumgänglichen Neuorientierung der Energiepolitik liegen auch Chancen für Luxemburg: die Schaffung neuer Arbeitsplätze besonders für kleinere und mittlere Betriebe im Bereich der Energieeffizienz, der Altbausanierung, dem weiteren Ausbau erneuerbarer Energien u.a.m. Unser Land braucht deshalb eine Energiestrategie mit klaren Zielen: Förderung der Energieeffizienz, ein klares Nein zur Atomkraft auch auf EU-Ebene, die konsequente Förderung erneuerbarer Energien, ein Bekenntnis zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen (auch auf europäischer Ebene) und Wege zur progressiven Reduzierung unserer finanziellen Abhängigkeit vom Tanktourismus.



## Gute Lebensqualität durch harmonische Planung sichern!

Unser Land erfuhr in den vergangenen Jahren, auch aufgrund des starken Wachstums der Wirtschaft und der Bevölkerung, eine weitere Zersiedlung und Zerschneidung der Landschaft.

Damit werden nicht nur unsere Gemeinden mit hohen Infrastrukturkosten belastet, sondern auch die natürlichen Lebensgrundlagen und damit die Lebensqualität in Frage gestellt.

Wir brauchen eine bessere Nutzung des begrenzten Raumes in Luxemburg und somit einen stärkeren politischen Stellenwert der Landesplanung: die Siedlungsentwicklung darf z.B. nicht länger durch Privatpromotoren bestimmt werden, sondern muss vom Staat gemeinsam mit den Gemeinden angegangen werden.

Es gilt sicher zu stellen, dass statt eines kontinuierlichen Anwachsens aller Ortschaften, ein stärkeres Anwachsen der zentralen Orte erfolgt (mit der entsprechenden Nahversorgung, einem kulturellen Angebot, einer guten Anbindung an den öffentlichen Transport). Auch muss eine regionale (dezentrale) Verteilung der Aktivitäten erfolgen, indem z.B. Wohnen und Arbeiten möglichst nahe beieinander liegen.

Ziel muss zudem sein, den Flächenverbrauch zu reduzieren, unsere Naherholungsräume und Landschaften zu erhalten und attraktive Wohnorte mit hoher Lebensqualität für die Menschen zu schaffen.

**Nur durch eine gute und starke Landesplanung kann eine harmonische Entwicklung unserer Ortschaften, im Interesse der EinwohnerInnen sowie von Natur und Umwelt, gewährleistet werden.**







## Politische Priorität für öffentlichen Transport und „sanfte Mobilität“!

Die Probleme in der Organisation der Mobilität stellen eine erhebliche Belastung der Lebensqualität und eine Minderung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Luxemburg dar. Dabei ist ein gut organisierter Personennahverkehr ein Grundrecht.

Der öffentliche Transport ist zwar besser als sein Ruf, aber es besteht immer noch erheblicher Verbesserungsbedarf: Bus und Zug müssen besser aufeinander abgestimmt, die Fahrzeiten und Strecken der Busse reorganisiert, das Konzept der Umsteigepunkte umgesetzt und „flexible Bussysteme“ (wie Rufbus, City-Bus...) ausgeweitet werden. Nachdem während Jahren ausgiebig in den Bau von Straßen investiert wurde, ist es nun - neben einer Verknüpfung der verschiedenen Transportträger - an der Schieneninfrastruktur: der Ausbau der Strecke Bettemburg-Luxemburg, die moderne Stadtbahn sowie Umsteigebahnhöfe (z.B. in Cessingen und Howald) sind von höchster Dringlichkeit.

Zudem brauchen wir eine weitaus konsequenteren Förderung der „sanften Mobilität“: das Fahrrad muss als Transportmittel für den

Alltag attraktiver werden. Sich bequem und sicher zu Fuß in der Gemeinde fortzubewegen muss eine Selbstverständlichkeit sein... Der Straßenraum sollte in den Ortschaften so gestaltet sein, dass der motorisierte Individualverkehr den Interessen der Lebensqualität der EinwohnerInnen untergeordnet wird: Verkehrsberuhigung, Begrünung, Tempo-30-Gebiete sind wichtige Konzepte.

Nicht zuletzt: der öffentliche Transport in der Großregion muss wesentlich verbessert werden durch ein besseres und attraktiveres Angebot (Stichworte: verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Mobilitätskonzepte für Betriebe, bessere Information der BerufspendlerInnen u.a.m.). Bei allen Planungen - die auch auf regionaler Ebene erfolgen sollen - gilt es die EinwohnerInnen und KundInnen weitaus stärker einzubinden.

7



## Regionale Märkte fördern – den Mittelstand stärken.

Über den Anspruch hinaus, Filialen großer internationaler Betriebe nach Luxemburg anlocken zu wollen, sollte man bedenken, dass unsere Wirtschaftskraft vor allem auch im Mittelstand liegt.

Der Mouvement Ecologique steht für ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell, das regionale Kreisläufe, regionale Märkte stärkt und ausbaut und damit sichere Arbeitsplätze schafft, Sozialnetze in der Region ermöglicht und durch „kurze Wege“ zwischen Produzenten und Konsumenten eine umweltschonendere Produktion ermöglicht.

Der Fokus der Wirtschaftspolitik der nächsten Regierung sollte demnach verstärkt auf den Mittelstand ausgerichtet werden; dies auch aus arbeitsmarktpolitischen Überlegungen. Die Initiativen sollten von einer verstärkten Verarbeitung von Luxemburger Holz über Lastenhefte mit klaren Vorgaben betreffend die Bevorzugung regionaler Produkte bis hin zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Rahmen der Energiewende (z.B. Altbausanierung) reichen.

Zur politischen Aufwertung der Mittelstandspolitik und einer zusammenhängenden Wirtschaftspolitik sollte u.a. ein Mittelstands- und Wirtschaftsministerium geschaffen werden.

8



## Offen sein für neue Wege und Initiativen.

Die Zukunft gehört dem Sozialen, dem Miteinander von Menschen und Kulturen, dem Regionalen und Lokalen. Deshalb sollten all jene Ideen, mit denen neue gesellschaftliche Wege begangen werden, sowohl national als auch kommunal unterstützt werden.

Darunter fällt eine Vielfalt von äußerst attraktiven Projekten, die vor allem konkret lokal umgesetzt werden sollen, aber nationale Unterstützung brauchen. Deshalb sollte die öffentliche Hand bewusst soziale Initiativen in diesem Sinne unterstützen: die Einrichtung von Tauschbörsen, die gemeinschaftliche Nutzung von Gütern, die Schaffung von Baugemeinschaften (d.h. Privatpersonen planen gemeinsam ihre Siedlung, nicht Promotoren), der Ausbau von Betreuungsformen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, die Förderung der Solidarwirtschaft...







## Erhalt unserer Kulturlandschaft und gute Lebensmittelversorgung durch eine regionale, biologische Landwirtschaft.

Eine regionale, biologische Landwirtschaft schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern sichert auch den Erhalt unserer Kulturlandschaft. Fakt ist, dass unser Land derzeit weniger als 5% seines Gemüseverbrauchs selbst anbaut bzw. der Import an Biolebensmitteln zunimmt, da die einheimische Produktion der steigenden Nachfrage nicht nachkommt. Trotz vieler Initiativen stellt die heutige landwirtschaftliche Praxis zudem vielfach eine Belastung für die Kulturlandschaft und die Biodiversität dar.

Die Landwirtschaftspolitik der Zukunft soll in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr „nur“ innerhalb der betroffenen Berufskreise diskutiert werden, sondern muss zu einem wesentlichen gesellschaftlichen Thema werden. Ihr muss endlich die Bedeutung zuerkannt werden, die ihr zusteht: Welche Landwirtschaft möchte unsere Gesellschaft? Wie können mittelständige landwirtschaftliche Betriebe überleben und nachhaltig wirtschaften? Welchen Preis sind wir als Konsumenten bereit für gute, regionale Lebensmittel zu zahlen?

Dringend geboten sind u.a. eine Entscheidung der öffentlichen Hand, prioritär Lebensmittel aus regionaler Produktion zu nutzen; eine weitaus konsequentere Förderung des Biolandbaus sowie der regionalen Produktion; die Überarbeitung der Umwelt-Agrarprogramme; eine öffentliche Diskussion des zukünftigen „Planes der ländlichen Entwicklung“; Strategien zur Reduktion des Pestizideinsatzes und zum Schutz des Trinkwassers; die Aufwertung des landwirtschaftlichen Berufes...





## Luxemburg hin zu einer BürgerInnengesellschaft entwickeln.

Luxemburg hat ein „gouvernance“-Problem: unser politisches System ist gekennzeichnet durch ein hohes Defizit an Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungsprozesse sowie durch einen Mangel an BürgerInnenbeteiligung. Anstatt einer langfristigen Zukunftsorientierung herrscht vielfach ein kurzfristiger Alltagspragmatismus vor. Die Gefahr eines Auseinanderdriftens zwischen Politik und BürgerInnen nimmt zu und damit auch die einer weiteren Abnahme des Interesses an gesellschaftspolitischen Fragen.

Die nächste Legislaturperiode muss hier eine Wende bringen: Das Konzept einer „BürgerInnengesellschaft“ sollte Leitbild der Politikgestaltung sein und unbedingt angegangen werden. Wir benötigen eine Kultur des Rechts des Bürgers auf umfassende Information und Transparenz der Politikentscheidungen. Das Einbeziehen von BürgerInnen und Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozesse muss zum politischen Primat erhoben werden. Dafür benötigen wir u.a. ein Gesetz, das eine breiteste mögliche Information der BürgerInnen erlaubt

(nach dem Modell des „freedom of information act“); aktuelle und informative Internetseiten der öffentlichen Stellen; einen breit organisierten und strukturierten Zukunftstisch, um einen Konsens zu Schlüsselfragen der Entwicklung Luxemburgs zu suchen; einen Deontologie-Kodex für PolitikerInnen und hohe BeamtenInnen; neue Formen der BürgerInnenbeteiligung auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene; die Valorisierung beratender Gremien der Regierung... und eine Stärkung der Zivilgesellschaft, durch u.a. die Einführung des „congé associatif“.

Im Rahmen der notwendigen „simplification administrative“ darf die BürgerInnenbeteiligung nicht unter die Räder kommen, ganz im Gegenteil! Gute, schnelle Prozeduren verlangen eine frühestmögliche Einbindung von BürgerInnen. Politische Bildung im Sinne einer verstärkten Öffnung von Bildungseinrichtungen u.a. der Schule auf die Gesellschaft und die Herausforderungen unserer Zeit, muss Eingang in die Programme und Praxis finden.